

1
2 **Elektromobilität in Bremen – Verstärkte Förderung in öffentlichen Betrieben, Behör-**
3 **den und der Verwaltung**
4

5 EntschlieÙung:

6 Kjell Timon Menke, für den Landesverband Bremen der Jungen Union Bremen, fordert die
7 CDU Fraktion im Land Bremen auf, sich für die vermehrte Anschaffung von Fahrzeugen
8 mit (teil-)elektrischem Antrieb einzusetzen. So soll der Fuhrpark der Verwaltung zu großen
9 Teilen aus rein elektrischen Fahrzeugen bestehen. Dies bedingt wiederum eine adäquate
10 Ladeinfrastruktur. In öffentlichen Behörden, wie z. B. der Polizei, bietet sich die Anschaf-
11 fung von Hybridfahrzeugen an. Im Idealfall wird hier auf Plug-in-Hybride gesetzt, sodass
12 der elektrische Antrieb gesondert angesteuert und geladen werden kann.
13

14 Begründung:

15 Die Elektromobilität wird von Tag zu Tag wichtiger. Die deutschen Automobilhersteller
16 bringen immer mehr Elektroautos sowie Hybridfahrzeuge auf den Markt und werden in
17 den nächsten Jahren ein großes Produktportfolio an klimafreundlichen Personenkraftwa-
18 gen anbieten. Die Bundesregierung fördert sowohl die Anschaffung von Elektrofahrzeugen
19 als auch den Ausbau von Stromtankstellen. Das Bundesverkehrsministerium unterstützt
20 mit der Förderrichtlinie Elektromobilität kommunale Elektromobilitätskonzepte, die Be-
21 schaffung von E-Autos und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Das Land Bremen, dessen
22 größter privater Arbeitgeber ein namhafter deutscher Automobilhersteller ist, soll diese
23 Chancen nutzen und durch die verstärkte Förderung von Elektromobilität in öffentlichen
24 Betrieben, Behörden sowie der Verwaltung ein Zeichen an alle anderen Bundesländer sen-
25 den. Dies kann Bremens Ansehen steigern und zu einem Vorreiter in puncto Elektromobili-
26 tät und nachhaltiger Mobilität werden lassen.
27

28 Das ist aktuell leider nicht der Fall. So fahren immer mehr Polizeifahrzeuge der aktuellen
29 Volkswagen Passat-Generation (B8 Typ 3G) - mit herkömmlichem Verbrennungsmotor –
30 auf den Bremer Straßen. Dieses Fahrzeug wird als „GTE“ auch auf Basis eines Plug-in-Hyb-
31 rids angeboten. So setzt z. B. die Stadt Braunschweig vermehrt auf diese Antriebstechno-
32 logie, sodass Volkswagen Passat GTE mit blauer Lackierung mittlerweile ein natürlicher
33 Teil des dortigen Straßenbilds sind. Dies gilt auch für weitere niedersächsische Städte wie
34 Hannover oder Göttingen. Die Vorteile sind unschwer zu erkennen. Innerhalb der Stadt
35 kann der Elektromotor einzeln betrieben werden, um Umwelt und Klima zu schonen. Wird
36 hingegen mehr Leistung benötigt, da eine Einsatzfahrt aufgenommen wird, kann automa-
37 tisch der Verbrennungsmotor zugeschaltet werden. Aber auch rein elektrische Fahr-
38 zeuge, wie z. B. der e-Golf, werden im Bundesland Niedersachsen, z. B. in der Stadt Braun-
39 schweig, als Polizeifahrzeuge eingesetzt.
40

41 Das Land Bremen hingegen zeigt keinerlei Bestreben dies zu tun. So geht aus einer Kleinen
42 Anfrage, welche die Bremer CDU Fraktion kürzlich dem Bremer Senat stellte, hervor, dass
43 die Zahl der rein elektrischen Fahrzeuge in öffentlicher Hand von neun im Jahr 2013 auf
44 zwei im Jahr 2017 gesunken ist. Als Grund für diesen Trend wird u. a. die mangelnde Lade-

45 infrastruktur genannt – ein hausgemachtes Problem, dem unverzüglich entgegengewirkt
46 werden muss. Konkrete Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität werden vom
47 Bremer Senat dennoch nicht genannt. Dieser Zustand ist unhaltbar. Die verstärkte Förde-
48 rung von Elektromobilität in den öffentlichen Betrieben, den Behörden und der Verwal-
49 tung sind eine konkrete und wichtige Maßnahme.